



Palais an der Oper in München (r.)

WESTENDEJEL / IMAGO

Offshore-Geschäfte Postfach auf Tortola

Bei mehreren Luxusimmobilien in deutschen Großstädten verbergen sich die Investoren hinter Briefkastenfir­men in exotischen Steuer­oasen. So gehört auch das auf rund 300 Millionen Euro ta­xierte Palais an der Oper in der Münchner City einer omi­nösen Offshore-Gesellschaft. Die Nobilis Consulting Corp.

residiert unter einer Postfach­adresse auf Tortola, der Hauptinsel der British Virgin Islands, und ist über ein Lu­xemburger Firmenkonstrukt zu 99,99 Prozent Eigentümer des Münchner Luxuskomple­xes. Das Palais an der Oper gilt als eines der teuersten Wohnobjekte in der bayeri­schen Landeshauptstadt, von Mieten über 50 Euro pro Quadratmeter ist die Rede.

Vor drei Jahren geriet das Im­mobili­enprojekt in die Schlag­zeilen: Damals hieß es, die russische Investmentfirma Lenhart Global habe das An­wesen für private Investoren erworben. Wem die jetzt auf­getauchte Briefkastenfirma Nobilis gehört, vermochte der Manager der Frankfurter Opera Real Estate GmbH & Co. KG., die offiziell als Ei­gentümer des Palais an der

Oper firmiert, nicht zu sagen. Er könne „keine Angaben“ dazu machen, für die Erfül­lung seiner „gesetzlichen Auf­gaben als Geschäftsführer der Objektgesellschaft“ benötige er „diese Kenntnisse nicht“. Bei allen Tätigkeiten würden jedoch „alle gesetzlichen Re­geln und Normen“ eingehal­ten. Lenhart Global erklärte, zu Klienten äußere man sich prinzipiell nicht, ihre Identität werde streng vertraulich behandelt. Ähnliche Off­shore-Konstruktionen wäh­len auch die Investoren des Ku’damm-Karrees in Berlin und eines Immobilienprojekts am Frankfurter Opern­platz (SPIEGEL 15 und 16/2016). In allen drei Fällen stellten Vertreter derselben Treuhandgruppe die Briefkas­tenadressen – einmal auf Tor­tol­a, zweimal in Panama.

srö, was

Tarifpolitik Gesamtmetall droht mit Klagen

Die Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie könnte die Gerichte beschäftigen. Der Verband der Arbeitgeber droht der Gewerkschaft mit Klagen gegen Warnstreiks. „Sollte das angekündigte 24-Stunden-Streikkonzept noch mehr Streiks der IG Metall (IGM) zur Folge haben, behalten wir uns rechtliche Schritte dagegen vor“, sagt Oliver Zander, Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall. Schon in der ver­gangenen Tarifrunde habe die

Gewerkschaft mit Warnstreiks ganze Betriebe lahmgelegt. Würde dies ausgeweitet, wäre das „die Abkehr von der Ver­handlungskultur hin zur Kampf­kultur und unverhältnis­mäßig“. Hintergrund ist ein neues Streikkonzept der IGM. Nach der nächsten Verhand­lungsrunde am 28. April endet die Friedenspflicht in der Tarifauf­einander­setzung. Üblicher­weise ruft die Gewerk­schaft dann zu Warnstreiks auf, die nicht länger als einige Stunden dauern. Nun will die IG Metall solche Streiks ohne Urabstimmung in Betrieben auf bis zu 24 Stunden ausdehnen. Zudem will sie erstmals

auch Unternehmen in die Aus­ein­ander­setzung einbeziehen, die keine Tarifbindung haben. „Wenn solche Betriebe ohne Verhandlungen und Vorwar­nungen direkt bestreikt werden, werden wir das gericht­lich überprüfen lassen“, sagt Zander. mad



IGM-Kundgebung in Jena

MARTIN SCHÜTT / DPA

Landwirtschaft EU will Glyphosat kaum beschränken

Nach dem Willen des EU-Par­laments soll das umstrittene Herbizid Glyphosat im Mai für nur 7 statt weitere 15 Jahre zugelassen und der Gebrauch streng reglementiert werden – die Kommission hingegen will so streng nicht sein. Im Ent­wurf der Umsetzungsverord­nung schlägt sie auf Drängen der Niederlande eine Zulassung für 10 Jahre vor, ohne weitere Restriktionen. Selbst Hobbygärtner sollen das Pflanzengift weiter ausbringen dürfen. Deutschland hat einzig eine wachsweiße Formulierung eingebracht, wonach Mit­gliedstaaten auf Risiken für Diversität und Artenvielfalt achten sollen. Einsatzbeschränkungen fordert Berlin nicht, zum Kummer des grünen EU-Abgeordneten Martin Häusling: „EU-Kommission und Bundesregierung verteidigen Glyphosat mit Klauen und Zähnen, denn es ist ein wichtiger Pfeiler der chemiebasier­ten Landwirtschaft. Wenn dieser fällt, fängt das ganze System an zu bröckeln.“ msc

Verkehr Viele Milliarden, wenige Baustellen

Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) wirft den Bundesländern vor, den von ihm forcierten Ausbau der Infrastruktur zu ver­schleppen. Vorigen Juli hatte Dobrindt insgesamt 72 Pro­jekte für Autobahnen und Bundesstraßen im Gesamt­

wert von 2,7 Milliarden Euro freigegeben. Die meisten Vorhaben hätten damit kurze Zeit später starten können. Tatsächlich gab es aber bislang – also mehr als neun Monate nach der Freigabe – nur bei 21 von ihnen einen ersten Spatenstich. Die lang­same Umsetzung führt Dobrindt vor allem auf fehlende Planungs­kapazitäten in vielen Bundesländern zurück.

Letztere verwalten im Auf­trag des Bundes die Straßen und sind somit auch für den Beginn der Bauarbeiten ver­antwortlich. „Mit meinem In­vestitionshochlauf haben wir mehr Geld für Verkehrswege als je zuvor“, sagt Dobrindt. „Weil wir uns keinen Investi­tionsstau leisten können, sollten manche Länder bei der Herstellung von Baureife schneller werden.“ bö